

Kommunal relevant

Die AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion informiert

Union für starke Kommunen als Garant für Wachstum und Arbeit



Kommunalempfang der KPV: Die Kanzlerkandidatin Dr. Angela Merkel MdB im Gespräch mit dem Vorsitzenden der AG Kommunalpolitik Peter Götz MdB und der scheidenden Präsidentin des Deutschen Städtetags OB Petra Roth.

Nullwachstum: Quittung für rot-grüne Ignoranz

Rot-Grün steht für Stillstand und Stagnation. Fast 5 Millionen offiziell registrierte Arbeitslose, ein strukturelles Haushaltsdefizit von rund 60 Milliarden Euro, zerrüttete Sozialversicherungssysteme sowie ein Pleitenrekord mit fast 40.000 Unternehmensinsolvenzen im Jahre 2004 sind die Bilanz von sieben Jahren rot-grüner "Reformpolitik".

Die Regierung Schröder ignoriert seit ihrem Bestehen im Jahr 1998 die verschiedenen Parameter, die für ein gesundes Wirtschaftswachstum ausschlaggebend sind. Mit der Bekanntgabe des Null-Wachstums für das zweite Quartal 2005 durch das Statistische Bundesamt erreichte Deutschland einen weiteren Tiefpunkt.

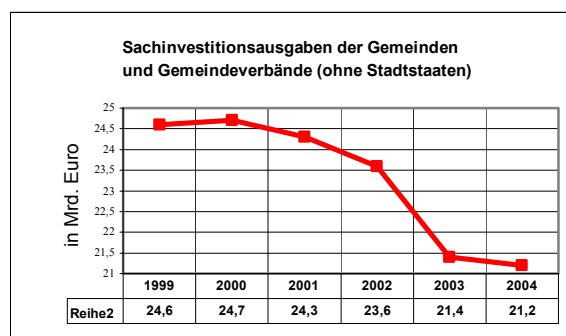
Wachstum ist keine abstrakte Größe, sondern ist das Ergebnis der Aufsummierung der Wertschöpfungsprozesse in den einzelnen und kon-

kreten Unternehmen. Wachstum findet vor Ort statt. Ein zentraler Faktor für Wachstum und Arbeit ist daher die örtliche Infrastruktur.

Investitionstiefpunkt: Folgen falscher Politik

Die direkte Übertragung kostenintensiver Aufgaben – ohne Mehrbelastungsausgleich – hat entscheidend zur anhaltenden Finanzmisere der Kommunen und damit zum Absinken der Investitionen in die örtliche Infrastruktur beigetragen. So hat sich in den vergangenen Jahren in Deutschland ein Investitionsstau aufgebaut, der seinesgleichen in der Geschichte der Bundesrepublik sucht. Seit Beginn der rot-grünen Koalition im Jahr 1998 ist das kommunale Investitionsvolumen von 24,7 Mrd. Euro um 20,2 % auf 19,7 Mrd. im Jahr 2004 abgesunken. Das hat direkte Auswirkungen auf die Menschen in unserem Land.

In besseren Zeiten hatten die Gemeinden 70 Prozent der öffentlichen Bauinvestitionen getätigt. Damit waren sie ein erfolgreiches Schwungrad der deutschen Wirtschaft.



Konkrete Beispiele für marode Infrastruktur

a) Kommunales Straßennetz

Das Institut für Straßenwesen in Aachen (isac) hat eine Studie über den Zustand der kommunalen Straßeninfrastruktur vorgelegt. Die Ergebnisse sind erschreckend.

Nach der Studie hat sich zwischenzeitlich auf 64.000 km bei einem Gesamtnetz von ca. 395.000 km ein nicht mehr akzeptabler Fahrbahnzustand eingestellt. Zur Behebung allein dieser schlimmsten Schäden ist ein Finanzvolumen in Höhe von ca. 25 Mrd. Euro erforderlich. Die Feststellung, dass für die Erhaltung und Erneuerung der kommunalen Straßeninfrastruktur in den letzten Jahren teilweise weniger als 50 % der mindestens erforderlichen Mittel zur Verfügung standen, bedeutet eine weitere unzumutbare Belastung für die Zukunft unserer Gesellschaft.

b) Kommunales Wasserleitungsnetz

Der Investitions- und Instandhaltungsrückstand zeigt sich nicht nur an kaputten Straßen oder maroden Schulen. Im wahrsten Sinne des Wortes tickt auch unter der Oberfläche eine Zeitbombe.

Die Tatsache, dass zwischenzeitlich rund 8 % unseres Trinkwassers versickern, bedeutet im Klartext, dass jeden Tag in Deutschland so viel Trinkwasser durch defekte Leitungen verloren geht, wie 11 Mio. Bundesbürger im Durchschnitt täglich verbrauchen (1,33 Mrd. Liter). Von dem Aspekt der Ressourcenverschwendung einmal abgesehen, müssen die Kosten für diese hohe Leckrate letztlich die Verbraucher über entsprechend hohe Wasserpreise mitbezahlen.

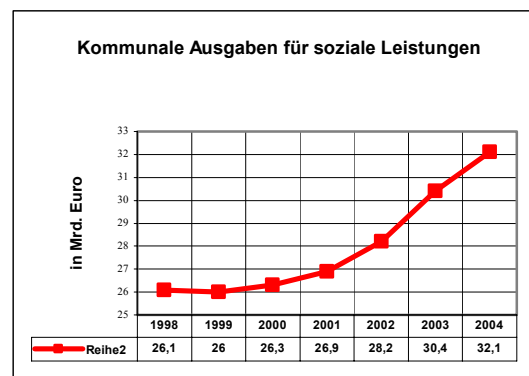
Auch die arbeitsmarktpolitischen Folgen sind nicht mehr zu übersehen. So mussten beispielsweise die mittelständisch geprägten Rohrbauunternehmen in den letzten Jahren mehr als 30 % ihres Personals abbauen. Außerdem wirkt sich der Investitionsrückstand genauso fatal aus, wie neue öffentliche Schulden.

Um das Wasserleitungsnetz funktionsfähig zu halten, müssen bei einer angenommenen Lebensdauer von 50 Jahren für ein Wasserrohr mindestens 2 % jährlich erneuert werden. Tatsächlich werden nach Angaben des Rohrleitungsverbandes jedoch pro Jahr nur rund 0,5 % saniert. Nach 10 Jahren häuft sich so ein Erneuerungsbedarf von 17 % an. Die Leckrate und die Wassergebühren steigen dazu parallel an.

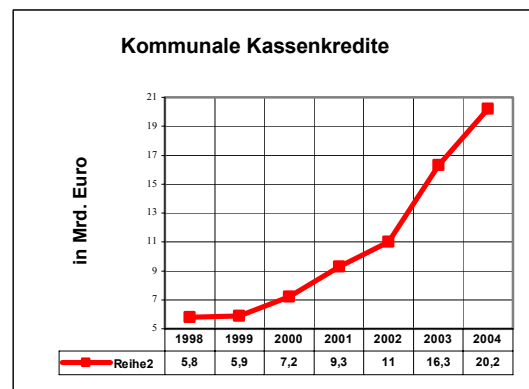
Kommunalfeindliche Politik von Rot-Grün

Der angehäufte Investitionsstau bescheinigt Rot-Grün eine erschreckende Bilanz ihrer kommunalfeindlichen Politik. Das ist Gift für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und zeigt, dass die Kommunen immer weniger in der Lage sind, ihre städtebauliche Entwicklung umfassend zu steuern und der Wirtschaft die notwendige Infrastruktur für ein gesundes Wachstum vorzuhalten.

Die Unfähigkeit der Bundesregierung im eigenen Bundeshaushalt effektiv zu sparen, führt sogar dazu, dass den Kommunen ständig weitere kostenträchtige Aufgaben vom Bund übertragen werden (Vgl. S. 3). Letztlich hat die direkte Aufgabenübertragungen entscheidend zur anhaltenden Finanzmisere der Kommunen beigetragen. So sind allein die Ausgaben für soziale Leistungen unter Rot-Grün von 26,1 Mrd. Euro um 23 % auf 32,1 Mrd. Euro angewachsen.



Die Krise der Kommunalfinanzen hält unvermindert an. Das belegen allein die Deckungslücken für laufende Ausgaben in den Verwaltungshaushalten, dem tatsächlichen Indikator für die Finanzlage der Kommunen. 1998 betrug die Kassenkredite noch 5,8 Mrd. Euro. Bis zum Jahr 2004 sind sie um sagenhafte 248 % auf insgesamt 20,2 Mrd. Euro angewachsen.



Kommunen als Spielball der Regierung Schröder

a) Der große Bluff einer Gemeindefinanzreform

Gegenüber den Kommunen wurde von Rot-Grün eine reine Ankündigungspolitik betrieben. So wurde in der Koalitionsvereinbarung von 1998 die dringend notwendige Gemeindefinanzreform propagiert. Das Versprechen

„...die Finanzkraft der Gemeinden stärken“

wurde mit der sprichwörtlich gewordenen „ruhigen Hand“ der Bundesregierung gebrochen.

In Wahrheit wurde die Bildung der Vorbereitungskommission erst einmal auf die nächste Wahlperiode verschoben. Bundeskanzler Schröder versuchte dies auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags in Leipzig im Mai 2001 mit schnöden Ausreden zu begründen.

Erst nach massivem Druck und angesichts der dramatischen Finanzkrise fand kurz vor Ablauf der vorherigen Wahlperiode am 23.05.2002 die konstituierende Sitzung der Gemeindefinanzreformkommission statt.

Die wieder gewählten Koalitionäre spielten 2002 erneut die Karte der Kommunal Finanzen aus und erklärten in ihrer zweiten Koalitionsvereinbarung:

„Wir werden – ausgehend von dem Ergebnis der Kommission Gemeindefinanzreform – die Finanzkraft der Kommunen stärken und auf eine breite und solide Basis stellen.“

Auch die vollmundigen Ankündigungen des Bundeskanzlers zugunsten der Kommunen im Rahmen der Agenda 2010 blieben Luftnummern. So kündigte er am 14. März 2003 im Deutschen Bundestag unter anderem an:

„Die Bundesregierung wird zum 1. Januar 2004 die Gemeindefinanzen grundlegend reformieren.“

Letztlich scheiterte die groß angekündigte Strukturreform an der Halbherzigkeit der Bundesregierung. Lediglich die Gewerbesteuerumlage, die 1998/99 von Rot-Grün erhöht wurde, konnte auf Druck der Union im Dezember 2003 im Vermittlungsausschuss wieder von 28% auf 20% gesenkt werden.

FAZIT: Strukturelle Reformen für eine nachhaltige Revitalisierung der kommunalen Finanzkraft sind mit Rot-Grün nicht zu machen.

b) Nicht eingehaltene Konnexität

Auch in Sachen Konnexität (wer bestellt, bezahlt) verkündete das rot-grüne Bündnis 1998 mit der Koalitionsvereinbarung ein Versprechen, von dem es später nichts mehr wissen wollte:

„Die neue Bundesregierung tritt dafür ein, daß zukünftig Aufgabenverlagerungen im Verhältnis der staatlichen Ebenen – Bund einerseits, Länder und Gemeinden andererseits – im Rahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs berücksichtigt werden (Konnexitätsprinzip).“

Nachdem sich die Bundesregierung vier Jahre lang an dieses Ziel nicht gehalten hatte, setzte sie den krassen Widerspruch zwischen frommer Rede und tatsächlichem Handeln weiter fort. In der Koalitionsvereinbarung vom Oktober 2002 heißt es:

„Zusammen mit den Ländern werden wir (...) die finanziellen Auswirkungen von Bundesgesetzen auf Länder und Kommunen überprüfen. Wir treten dafür ein, dass Aufgabenverlagerungen im Verhältnis der staatlichen Ebenen – Bund und Länder einschließlich ihrer Gemeinden – im Rahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs berücksichtigt werden (Konnexitätsprinzip).“

In Wahrheit nahm Rot-Grün Einschnitte in die kommunalen Einnahmen (Bsp.: temporäre Erhöhung der Gewerbesteuerumlage) vor und übertrug kostenträchtige neue Aufgaben, zum Beispiel bei der Grundsicherungsrente, den Ganztagschulen und der Kinderbetreuung.

Die sture Haltung der SPD im Bereich Bildung führte letztlich zum Scheitern der dringend notwendigen „Föderalismusreform.“ Die anhaltende Blockade von Rot-Grün verhindert die von der Union angestrebte Unterbindung des direkten Bundesdurchgriffs auf die kommunale Ebene.

Entgegen dem Versprechen von „Bürokratieabbau“ hat die Bundesregierung die Kommunen mit weiteren kostspieligen Bundesstandards und unnötigen zentralen Regelwerken überzogen.

FAZIT: Die Politik von Rot-Grün steht dem Konnexitäts- und Subsidiaritätsprinzip diametral entgegen.

Wachstumskräfte der Kommunen freisetzen: Ziele von CDU und CSU



Der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Götz MdB berichtet im Rahmen des Demografie-Kongresses „Risiken und Chancen der alternden Gesellschaft - Deutschland muss kinderfreundlicher werden“ über zukünftige Herausforderungen und gangbare Lösungsansätze für die Kommunen.

Die Union ist die Kommunalpartei in Deutschland. Wir vertrauen auf die Kraft und Leistungsfähigkeit unserer Gemeinden, unserer Städte und Kreise. Wir wollen den Menschen vor Ort die Chancen und Möglichkeiten zurückgeben, damit sie ihre Heimat wieder selbst gestalten können. Dazu bedarf es der Befreiung von unnötiger Bevormundung und eines finanziell verlässlichen und ausreichenden Rahmens für jede Kommune in Deutschland.

Das Subsidiaritätsprinzip und der Vorrang für kleine Einheiten leiten das Gesellschafts- und Staatsverständnis von CDU und CSU. Nur mit starken Kommunen, die sich im Wettbewerb behaupten, kann in Deutschland wieder mehr Arbeit und Wohlstand geschaffen werden. Städte und Gemeinden müssen wieder investieren können. Voraussetzung für eine Revitalisierung der kommunalen Investitionskraft sind verlässliche Einnahmen und nachhaltige Ausgabenentlastung. Die Kommunen müssen endlich wieder in die Lage versetzt werden, ihre Verwaltungshaushalte auszugleichen, aufgelaufene Kassenkredite zurückzuführen und Gestaltungsspielräume für eine kommunale Selbstverwaltung zurückzugewinnen.

Verfassungsrechtlich ist sicherzustellen, dass der Bund zusätzliche Pflichtaufgaben nur dann auf die Kommunen übertragen oder bestehende Aufgaben ausweiten darf, wenn zugleich ein

Ausgleich der Mehrkosten erfolgt. Der Abbau von Bürokratie und Detailvorgaben (Standards) im Bundesrecht für die Durchführung kommunaler Aufgaben wird bei den Kommunen zu enormen Einsparungen führen. In diesem Sinne sind gleichfalls die existierenden und notwendigen Städtebau- bzw. Investitionsprogramme inhaltlich zu bündeln, flexibler zu gestalten, stärker zu verzahnen und zu vereinfachen.

Familien mit Kindern bilden das Fundament für eine langfristig stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Sie sichern durch die Erziehung von Kindern den Fortbestand der Gemeinschaft. Die heutigen Rahmenbedingungen werden der Situation von Familien nicht mehr gerecht. In Deutschland besteht nach wie vor großer Handlungsbedarf im wichtigen Bereich der Erziehung, Bildung und Betreuung unserer Kinder. CDU und CSU treten deshalb für ein vielfältiges, am Bedarf und am Elternwillen orientiertes Kinderbetreuungsangebot ein.

Im Bereich der Arbeitsvermittlung will die Union das Kreativitätspotenzial der Kommunen für die Vermittlung der Langzeitarbeitslosen effektiv nutzen. Um dies zu ermöglichen, wollen CDU und CSU eine faire Option für eine eigenverantwortliche Trägerschaft aller übernahmewilligen Kommunen mit eigenen Handlungsspielräumen, verbunden mit einer verlässlichen Finanzierung. Die Union setzt sich auf nationaler und auf europäischer Ebene für dezentrale Strukturen ein. Wir wollen die Konsultationen mit den Kommunen ausbauen und sicherstellen, dass die kommunalen Belange angemessen berücksichtigt werden, bevor kommunalrelevante Gesetze beschlossen werden. Wir werden unseren Einfluss und unsere Mitgestaltungsmöglichkeiten in EU-Kommission und Ministerrat aktiv dazu nutzen, Fehlentwicklungen, wie unnötige Bürokratien, frühzeitig zu unterbinden.

Es gilt die Elementarkräfte der Metropolregionen und die Entwicklungspotenziale der ländlichen Räume wieder für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nutzbar zu machen. Der Schlüssel dazu ist die Revitalisierung der kommunalen Selbstverwaltung. Oberstes Ziel ist auch hier die Stärkung der Wirtschaftskraft und die Schaffung zukunftsträchtiger Arbeitsplätze.

Wahlkampf aktuell: Ehrlichkeit schafft Vertrauen

a) Investitionsprogramme

Aktuelles Beispiel für rein taktische aber haltlose Wahlversprechen sind die von verschiedenen Parteien propagierten Investitionsprogramme des Bundes für die Kommunen.

Dabei liegt auf der Hand, dass es keinen Sinn macht, wenn der Bund den Kommunen erst Geld wegnimmt, um es anschließend über eine Vielzahl neuer und zentral gesteuerter Programme vor Ort teilweise wieder zu verteilen. Abgesehen von der ungelösten Finanzierungsfrage hat die Erfahrung gezeigt, dass derartige Programme häufig nicht den ortspezifischen Anforderungen gerecht werden können. Grundsätzlich besteht die Gefahr, dass sie am tatsächlichen Bedarf vorbeigehen.

Für die Union steht fest: Es sind die Städte und Gemeinden, die selbst am besten wissen, wie ihre Probleme zu bewältigen sind. Man muss ihnen nur die Möglichkeiten dazu überlassen

b) Antidiskriminierungsgesetz

Tatsächlich schränkt die Bundesregierung die Kommunen durch immer enger werdende inhaltliche Vorgaben ein. Jüngstes Beispiel ist das so genannte Antidiskriminierungsgesetz, das nach Ansicht des Gesamtverbands der Deutschen Wohnungswirtschaft die relative Stabilität und Sicherheit in deutschen Großsiedlungen massiv zu gefährden droht.

Damit werden auch sinnvolle Ziele unumstrittener Programme (Bsp.: „Soziale Stadt“) ad absurdum geführt. Im Klartext heißt dies: Wenn eine Hand nicht weiß, was die andere tut, führt der vom politischen Gegner vertretene Zentralismus ins Chaos. Auch Milliarden schwere Investitionsprogramme – auf Pump finanziert – greifen dann ins Leere.

Außerdem beschäftigen die Städte, Gemeinden

und Landkreise in Deutschland zusammen mit ihren kommunalen Unternehmen insgesamt rund 1,4 Millionen Männer und Frauen. Das rot-grüne Antidiskriminierungsgesetz würde auch für die kommunalen Arbeitgeber einen teuren bürokratischen Mehraufwand bedeuten. Dieser ist mit nichts zu rechtfertigen.

c) Ausbildungsplatzabgabe

Inhaltlich rücken die linken Parteien in Deutschland immer näher zusammen. So fordern neben der PDS auch zahlreiche Vertreter der sich in Auflösung befindenden SPD, die Ausbildungsplatzabgabe aus der rot-grünen Mottenkiste zu holen.

Die prognostizierten Kosten, die mit der angestrebten Ausbildungsplatzabgabe auch auf die kommunalen Arbeitgeber zukommen, führen zu Verunsicherungen vor Ort. Das liegt an dem Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, der bei den Kommunen mit rund 85 % ungleich höher als bei Bund und Ländern (ca. 40 %) ausfällt. Die von den Kommunen geleistete Ausbildung im Beamtenbereich soll hingegen nicht berücksichtigt werden.

Letztlich werden mit dieser Abgabe gerade die Kommunen, die noch nicht unter staatlicher Finanzaufsicht stehen, mit weiteren Kosten belastet und in die Schuldenfalle getrieben. Die jüngsten Äußerungen zeigen, dass die politische Linke an ihrer leistungsfeindlichen Ideologie über Parteigrenzen hinweg festhält.

Den Kommunen werden Perspektiven und Gestaltungsräume genommen. Vor Ort werden damit notwendige Neuinvestitionen und dringende Instandsetzungsaufgaben verhindert. Am Ende werden kommunale Verwaltungen sogar gezwungen sein, weitere Lehrstellen zu streichen.



Im ständigen Kontakt mit Kommunalvertretern: Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellt Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und Landräten das kommunalpolitische Programm der Union vor.

Deutschlands Chancen nutzen: Die Kommunen im Regierungsprogramm der Union

Durch die vorgezogenen Neuwahlen hat Deutschland die Chance, dass mit einer unionsgeführten Koalition im Bundestag die Weichen endlich wieder auf Arbeit und Wachstum gestellt werden können. Die positiven Auswirkungen einer auf diese Primärziele ausgerichteten Politik würden in den Städten, Gemeinden und Landkreisen ebenso zum Tragen kommen wie in Bund und Ländern. Schließlich lebt Sozialpolitik auch auf der kommunalen Ebene davon, Rahmenbedingungen zu setzen, die aus Empfängern sozialer Transferleistungen, Geber dergleichen macht.

Die Ziele der Union liegen mit dem Regierungsprogramm 2005 „Deutschlands Chancen nutzen“ offen und ehrlich auf dem Tisch. Für die Kommunen bedeuten sie in erster Linie:

1. Durchsetzung des längst überfälligen Konnexitätsprinzips. Dies wird über die Unterbindung des direkten Bundesdurchgriffs auf die kommunale Ebene im Zuge der Umsetzung der von der rot-grünen Bundesregierung bisher verhinderten Föderalismusreform erreicht.
2. Öffnung der Optionsklausel zur Verbesserung der Arbeitsmarktreform Hartz IV. Die Begrenzung auf 69 Kommunen wird aufgehoben. Jeder Kreis und jede kreisfreie Stadt erhalten die Möglichkeit, die Trägerschaft für das Arbeitslosengeld II selbst in die Hand zu nehmen und einen wichtigen Beitrag für eine Optimierung der Arbeitsvermittlung vor Ort zu leisten.
3. Entlastung der kommunalen Arbeitgeber durch die Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur strukturellen Entlastung der kommunalen Verwaltungshaushalte.
4. Vereinfachung des Steuerrechts. Durch das Schließen von Steuerschlupflöchern, den Abbau von Steuersparmodellen – insbesondere den lukrativen Verlustverrechnungs-

möglichkeiten bei Fondsmodellen – und das Abschaffen von Sonderregeln im unternehmerischen Bereich profitieren auch die Kommunen.

5. Mitsprache der Kommunen bei der Umsetzung einer Gemeindefinanzreform zur Einnahmenverstärkung. Die Gewerbesteuer bleibt solange erhalten, bis eine gemeinsame Lösung zur Überwindung der kommunalen Finanzkrise und zur Wiederherstellung der kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten erreicht ist. Dies ist angesichts des Investitionsrückstands in die örtliche Infrastruktur dringend notwendig.
6. Verbesserung von Verkehrsinfrastruktur und Mobilität als Schlüsselfaktor für Wachstum und Beschäftigung vor Ort.
7. Deregulierung und Standardabbau. Unser Ziel ist, den Kommunen Handlungsspielräume zurückzugeben und Bürokratie abzubauen. Dies kommt insbesondere bei der Vereinfachung von Planungen und Verkürzung von Planungszeiten für den Bau wichtiger Infrastrukturmaßnahmen zum Tragen.
8. Unterstützung der Integrationsbemühungen durch eine klare Begrenzung der Zuwanderung auf Mangelberufe und das konsequente Einfordern von Teilnahme an Integrationskursen. Dies ist ein nachhaltiger Beitrag zur Überwindung selbst gewählter Abgrenzung der Zuwanderer, Ghettobildung und der Entwicklung von Parallelgesellschaften vor Ort.

CDU und CSU wollen starke leistungsfähige Städte und Gemeinden, die in der Lage sind ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen und wieder in die Infrastruktur des Standorts Deutschland investieren können.

CDU und CSU wollen, dass kommunale Selbstverwaltung endlich wieder stattfindet.

Herausgeber:	Dr. Norbert Röttgen MdB, Dr. Peter Ramsauer MdB CDU/CSU-Bundestagsfraktion 11011 Berlin info@cducsu.de www.cducsu.de
V.i.S.d.P.:	Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik Peter Götz MdB Redaktion: Dr. Harald Bauer Telefon (030) 227 52962